

Sprachen, Kommunikation und Gesellschaft

Von Jean Widmer*

Nie, so sollte man meinen, war Verständigung so einfach wie heute, wo den äusserst mobil gewordenen Menschen die vielfältigsten Kommunikationsmittel zur Verfügung stehen. Doch in der modernen Gesellschaft wird die eine umfassende Öffentlichkeit schaffende Kommunikation zusehends schwieriger. Die Gefahr droht, diese nur durch scheinbar Verbindendes zu ersetzen.

Das immer schnellere, dichtere und sicherere Netz der Telekommunikation verspreche eine bessere Zukunft. Für alle? Und wären es alle: nie haben so viele Menschen Zweitsprachen gelernt. Kann man daraus schliessen, dass sich die Völker besser verstehen? Sie könnten es. Kommunikationsmittel und Sprachen sind zwar wichtige Ursachen eines besseren Lebens und Zusammenlebens, aber sie schaffen diese nicht von sich aus. Sie kommen immer nur im Zusammenhang mit Handlungen vor: diese determinieren den Wert einer Sprache und deren Sprecher, determinieren die Arbeit, die mit diesen Mitteln geleistet werden kann, und die entsprechende Arbeitsteilung.

Der soziale Rahmen von Sprache

Die Wahl des standardtesten Englischen in Wissenschaft und Technik hat einen anderen Stellenwert als die Wahl des Englischen zur Benennung eines «Swiss Chalet» oder eines «Shopping Centers» für Leute, die nicht Englisch sprechen. Nicht viel scheint beiden Gebrauchsweisen des Englischen gemeinsam. Sieht man näher hin, so kommen jedoch die Beziehungen zwischen der technisch-wissenschaftlichen Welt und dem kommerziell gestützten Imaginären zum Vorschein. Beide bedienen sich einer Sprache, die den Schlüssel zur Welt verspricht, aber nicht zur selben Welt: der Welt der Rationalisierungsprozesse und ihrer sozialen Ausscheidungen und der Welt des kollektiven Imaginären, das diese Trennung wie im Traum überbrücken soll.

Der soziale Rahmen der Sprachen, das Verhältnis ihnen gegenüber sowie die Weise, wie sie technisch vermittelt werden, sollen historisch skizziert werden. Die Entwicklung dieses Rahmens wird mit jener der historischen Sprachgemeinschaften in Beziehung gebracht werden. Im Hintergrund stehen jedoch zwei sich trennende Gesellschaftsformen. Diese Trennung soll an der Figur des Journalisten verdeutlicht werden, geht doch ein Teil der strukturellen Schwierigkeiten seines Berufes auf die Aufgabe, diese Welten zu versöhnen, zurück. Als Ressource wird uns die neuere Anthropologie der Medien und der Wissenschaften dienen.

Schrift, Grammatik und gemeinsame Kultur

Vor bald 50 Jahren wies Alexander Rostow darauf hin, dass die Möglichkeit der Freiheit Gesellschaften voraussetzt, welche die soziale Ungleichheit ihrer Mitglieder durch eine gemeinsame Kultur, sei sie religiös oder juristisch-politisch, überbrücken. Erst diese Kultur erlaubt es, diese Ungleichheit mit Rechten statt mit Gewalt zu regulieren. Auf heute bezogen kann man dabei etwa an die mangelhafte Integration der Fremdarbeiter oder an die gewaltmässige Deregulation im Bereich der Arbeitsverträge denken. Dass letztere den Journalismus besonders trifft, ist selbst ein Indikator, ist doch die Presse ein wesentliches Mittel, das die Öffentlichkeit im liberalen Sinne bisher strukturierte, d. h. eine Öffentlichkeit von gemeinsamen Rechten und geteilten Informationen.

Ohne Alphabet keine Demokratie

Diesem Zusammenhang zwischen Schrift und bürgerlichen Rechten will ich etwas nachgehen, weil er auf breitere gesellschaftliche Transformationen hinweist, die den Rahmen der eben erwähnten Ereignisse bilden. Die Arbeiten des Anthropologen J. Goody zeigen, dass erst die alphabetische Schrift die griechische Demokratie ermöglichte. Da diese Schrift die Sprache und nicht die Wirklichkeit abbildet, geniesst sie dieselben generativen Eigenschaften wie die Sprache, d. h. mitunter, dass sie leicht von vielen erlernt werden kann. Im Gegensatz dazu dienten die Schriften des chinesischen Mandarins oder der ägyptischen Priester zur Verwaltung kulturell getrennter Gesellschaften. Dies heisst auch, dass deren Staaten Völker verschiedener Sprachen verwalteten, während die alphabetische Schrift die Kenntnis mindestens einer gemeinsamen Sprache voraussetzt.

Die alphabetische Schrift führt nicht notwendigerweise dazu, dass die Angehörigen eines Staates alle dieselbe Sprache sprechen. Im Mittelalter war Mehrsprachigkeit die Regel. Nicht nur die Priester beherrschten Latein und mindestens eine Volkssprache, auch ein relativ ungebildeter Mann wie Kolumbus soll etwa vier Sprachen gesprochen haben. Die Idee der Einheitsprache ist mit jener des Nationalstaates gewachsen. Als erster sprach Nebra vor knapp 500 Jahren diesen Zusammenhang klar aus, als er der Königin Isabella eine Grammatik des Spanischen als Mittel der Unifizierung ihres neugebildeten Staates vorschlug.

Die Grammatisierung der Volkssprachen ist einer der tiefgreifenden Prozesse der Moderne. Ein Aspekt davon kommt klar im folgenden Paradox zum Vorschein: beim Eintreten in die Schule erfahren wir, dass eine staatliche Instanz die eigentlichen Regeln der Sprache besitzt, die wir

schon immer gesprochen haben. Nicht das Anlernen der Grammatik ist der Schule erster Zweck, sondern die Anerkennung, dass unsere laienhafte durch eine gebildete Form zu ersetzen ist. Dieser Prozess der inneren Kontrolle wurde von Michel Foucault in manch anderen Bereichen aufgezeichnet.

Integrationsfunktion der Sprache

Die Sprache löste die Religionen in ihrer integrativen Funktion insofern ab, als sie den Akzent von Inhalten auf Formen der Kommunikation verschob. Damit ist diese Entwicklung massgebend für eine Art der Demokratie, in der die Bevölkerung eines Staates nicht mehr horizontal nach regionalen Identitäten sondern durch einen gemeinsamen «Sprachmarkt» (nach Pierre Bourdieu) gegliedert wurde. Dieser Markt setzte vertikale, zentralisierte Parameter zur Messung und Legitimierung der Ungleichheit. Er schuf zugleich die Bedingungen für Konflikte mit den so negierten kulturellen Minderheiten. Die Schweiz beging bekanntlich diesen Weg nicht. In ihr koexistieren nicht nur mehrere Sprachen, sondern auch mehrere Verhältnisse zur Sprache und zur Schrift.

Wandel oder Ersatz der Öffentlichkeit?

Diese Eigenart der Schweiz brachte, nachdem die konfessionellen Kriege vorüber waren, den kulturellen Minderheiten manche Vorteile. Sie verunmöglichte aber auch kollektive kulturelle Projekte. Mit dem Versagen der Helvetik endete das Projekt einer im Sinne von C. Lévi-Strauss «heissen» Kultur in der Schweiz. Der Bund war erst militärisch und wirtschaftlich, später, zu Beginn der zwanziger Jahre, konservativ in einer imaginären Vergangenheit verankert. Dieses Imaginäre von Männern und (sprachlosen) Bergen wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch zwei gegensätzliche Strömungen abgelöst, die keineswegs eigentümlich für die Schweiz sind. Vom wirtschaftlichen Aufschwung getragen, kamen Forderungen nach mehr Partizipation auf sowie eine Form von warengebundener Kultur, die sogenannte Konsumgesellschaft. Beiden Strömungen ist gemeinsam, dass sie der Sprache ihre Funktion als Merkmal sozialer Distanz abstreifen und eine Annäherung an die mündliche Sprache fordern. Während jedoch die erste Strömung eine Wandlung der politischen Öffentlichkeit zum Ziel hat, bewirkt die zweite einen Ersatz dieser Öffentlichkeit. Werbung, nicht Politik, tragen die Medien. «Was?» und «Wieso?» sind die öffentlichen Fragen, nicht «Warum?» und «Wozu?».

Medien und Identitäten

Im selben 15. Jahrhundert, als die Grammatisierung der Volkssprachen begann, entfaltete sich auch die Wissenschaft. Buchdruck, Radierung und Mathematisierung sind Techniken, die es erlaubten, wirklichkeitstreuere Dokumente zu transportieren, vergleichend zu bearbeiten und zu akkumulieren. Die Sprache der Wissenschaft ist unpersönlich, wie es schon die Verwaltungs- und Rechtssprache war. Parallel dazu entwickelten wir uns, wie A. Giddens es bündig ausdrückt, von einer in Klassen getrennten zu einer Klassengesellschaft. Die formale, unpersönliche Sprache wurde in Produktionsprozessen und nicht mehr nur in Reproduktionsprozessen verwendet.

Entpersonalisierung und Semiotisierung der Wirklichkeitsabbildung verhindern nicht, dass sich die Wissenschaft als kollektives Projekt verstand und sich auf Popularisierung abstützte. Heute hat es sich fast eingebürgert, zwischen politischen und technischen Entscheidungen, d. h. zwischen allen zugänglichem und nur für Spezialisten reserviertem Wissen, zu unterscheiden. Als Ersatz für letzteres florieren quasireligiöse Bewegungen oder konsumfreundliche Gleichgültigkeit.

Der Journalist ist eine zentrale Figur als Vermittler und Popularisator. Ihm galt die Aufgabe, die Wahrnehmung von Risiken und von Chancen zu vermitteln, die Hingabe bis zur politischen Identifikation zu ermöglichen, die zentrifugalen Kräfte in einer wenn auch konflikthafter gemeinsamen Öffentlichkeit zusammenzufügen. Dass es ihm nicht immer gelang, steht ausser Zweifel, dass ihm diese Funktion heute abgesprochen wird, dies ist neu.

Diese Bedingungen haben mit kapitalintensiven Medienproduktionen und damit auch mit Zentralisierung der Medien zu tun. Dahinter stehen aber kulturelle Wandlungen: die Wahl zwischen publizitätsfreundlichem Journalismus und «Journalismus, nichts als Journalismus» steht am Scheideweg zwischen einer vermittelnden und einer im unterhaltenden Imaginären aufgelösten Öffentlichkeit.

Deregulation und Exotismus

Würde die diskursive Vermittlung der Öffentlichkeit versagen, welche Entwicklungstendenzen würden sich wohl abzeichnen? Die technisch-wissenschaftliche Welt der Produktion und des Managements verstärkt eine trennende Arbeitsteilung. Den hochqualifizierten Kompetenzen für Forschung und Entwicklung stehen repetitive, drillmässige Arbeiten gegenüber, die nach unten und nach Süden ausgeschieden werden: Daten einlesen, Elemente austauschen, Buchhaltung

* Der Autor ist Professor am Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Freiburg und war vorher Verantwortlicher des Dienstes für Sprachgemeinschaften in der Bundesverwaltung.